Nr. 90 • Ausgabe B Nr. 41
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 90

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 18. Februar 1920
49 Jahrgang

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Antwort der Entente an Wilson.

Solidarisches Vorgehen Englands und Frankreichs in der Adriafrage.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

w. Basel, 18. Februar.

Die Regierungen von Frankreich und England lassen sich nach den vorliegenden Meldungen in ihrer Haltung zur Adriafrage durch die Erklärung Wilsons, die sich gegen die Annahme des ausgearbeiteten Kompromisses wendet, nicht beeinflussen. Die Regierungshäupter von Frankreich und England bestätigen dies **in einer öffentlichen Solidaritätserklärung für Italien,** worin sie zum Ausdruck bringen, daß Italien unter allen Umständen auf unbedingte Unterstützung Englands und Frankreichs hinsichtlich der Ausführung des Londoner Vertrages rechnen könne, wenn die Belgrader Regierung die Kompromisse von London und Paris nicht annehmen sollte.

Aus Paris wird gemeldet, in politischen Kreisen gehe das unbestätigte Gerücht, daß Wilson den Alliierten mit dem Abbruch der Beziehungen gedroht habe, falls sie bei ihrer drohenden Haltung, die sie in der Note vom 26. Januar an die Belgrader Regierung zum Ausdruck brachten, beharren sollten. Bisher scheint es jedoch nicht, daß dieses Gerücht begründet sei. Jedenfalls haben Lloyd George und Millerand am Sonnabend den Wortlaut einer Note an Wilson festgesetzt, die am Montag abgehen sollte. In dieser nehmen sie von dem Telegramm Wilsons Kenntnis und entwickeln ihre Anschauungen. Sie erklären jedoch, daß sie nicht daran denken, auf die Mitwirkung Amerikas zu verzichten. Ihr Standpunkt läßt sich wie folgt zusammenfassen: Frankreich und England halten sich an die im Januar an die südslawische Regierung gerichtete Aufforderung. Falls Belgrad den von England und Frankreich vorgeschlagenen Ausgleich nicht annehme, so werde Italien die Zustimmung Frankreichs und Englands zur Durchführung des Londoner Paktes erhalten. Während diese Antwort für Wilson festgesetzt wurde, benachrichtigte Lloyd George als stellvertretender Vorsitzender der Friedenskonferenz den Präsidenten der südslawischen Delegation, Trumbitsch, daß Frankreich und England an ihrem bisherigen Standpunkt festhalten und den Londoner Vertrag zur Durchführung bringen werden.

Nach einer Meldung aus Washington erklärte man im Weißen Hause, daß die Vereinigten Staaten fortfahren würden, die Rechte der Jugoslawen in der Adriafrage zu unterstützen. Die Union sei in keinem Falle gesonnen, in dieser Frage einen Rückzug anzutreten und die Tatsache, daß Amerika mit der Zurückziehung seiner Kriegsschiffe aus der Adria drohe, dürfe nicht als ein Desinteressement der Vereinigten Staaten betrachtet werden. Die französischen und italienischen Blättertimmen lassen keine Sympathie für Wilson mehr erkennen. Im „Echo de Paris" wird Wilson als beschränkt zurechnungsfähig geschildert. Der „Matin" sagt: „Wilson sucht einen Bruch mit der Friedenskonferenz, um den Vertrag vom Senat zurückziehen zu können." Andere Blätter bezeichnen die Note Wilsons als ein Racheakt wegen des Briefes Lord Grey, der eine Verständigung über die amerikanischen Vorbehalte anbahnte. Die Ansichten der italienischen Blätter über die Tragweite des Schrittes Wilsons gehen auseinander. Die „Epocco" findet, Belgrad werde schließlich nachgeben, da Italien der Unterstützung der europäischen Staaten sicher sei. Die „Tribuna" glaubt jedoch, daß das Vorgehen Wilsons der Lösung der Adriafrage ein unüberwindliches Hindernis in den Weg lege. Von den englischen Blättern meinen die „Times", Wilson habe im Grunde recht und treten für die dauernde Mitarbeit bei dem europäischen Problem ein. Die Northcliffe-Blätter erklären sich im allgemeinen mit Wilson einverstanden, während die Blätter Lloyd Georges von der Geste Wilsons nicht sehr erbaut sind.

VA Genf, 18. Februar.

Die neue Note des amerikanischen Präsidenten, die durch den Botschafter Wallace von Paris nach London gebracht worden war, ist an die französische, die englische und die italienische Regierung adressiert und erklärt, wie bereits gemeldet, daß Amerika in der Adriafrage auf den Prinzipien beharre, die am 9. Dezember festgelegt wurden, und daß, wenn die Entente sich diesem Standpunkte nicht anschließe, **Wilson die Friedenskonferenz verlassen** werde. In London und Paris wäre man mit dem Abgang dieses unbequemen Freundes vielleicht ganz zufrieden, wenn man nicht finanzielle Schwierigkeiten fürchtete. Amerika hat ungeheure Summen englischen und französischen Geldes in Händen und braucht diese Noten nur auf den Markt zu werfen, um wenigstens den Franken auf den Kurs der Reichsmark herabzudrücken. Die durch das schroffe Vorgehen Wilsons geschaffene Lage wird überall als sehr ernst, aber auch als demütigend für die europäischen Mächte bezeichnet. „Wilson ist Autokrat", schreibt das „Echo de Paris", „aber ein recht kurzlebiger Autokrat. Es ist unzulässig, daß sich Europa nach den Maximen einrichtet, die vermutlich in einem Jahre von den amerikanischen Republikanern über den Haufen geworfen werden."

Der Fall Lansing.

J. S. Eigentlich ist es, um dies vorweg zu nehmen, ein „Fall Wilson". Denn seit dem Augenblick, da der Nachfolger William Bryans durch ein in der amerikanischen Verfassungsgeschichte unerhörtes Tadelschreiben des Präsidenten zum Rücktritt gezwungen wurde, hat sich ein Sturm der öffentlichen Kritik in den Vereinigten Staaten gegen Wilson gewandt. Nicht nur die republikanische Opposition, sondern auch Demokraten und solche Republikaner, die, wie Taft, in der Ratifikationsfrage mehr zu Wilson hielten, haben unumwunden für den verabschiedeten Staatssekretär Partei ergriffen. Niemand bestreitet dem Präsidenten das Recht, sich von dem Chef des auswärtigen Departements, wenn er in wichtigen Punkten nicht mit ihm übereinstimmte, zu trennen. Viele sind verwundert, daß er es für zweckmäßig hielt, den Zeitpunkt dieser Trennung so lange hinauszuschieben. Aber man ist noch mehr erstaunt über die Art, in der das Oberhaupt der Republik sie in einem Augenblick, in dem am allerwenigsten politischer Nutzen davon zu erwarten ist, vollzogen hat. Wilson ist seit seiner Erkrankung noch mehr als vorher für seine Landsleute ein psychologisches Phänomen geworden, und es wird von einer immer größeren Anzahl unter ihnen als unerträglich empfunden, daß die innere und äußere Politik unverkennbar von psychologischen Rätseln beherrscht wird.

Was ist vorgegangen? Vor einigen Tagen erhielt Lansing einen Brief vom Präsidenten, in dem dieser sich darüber beschwerte, daß Lansing eigenmächtig über Wilsons Kopf hinweg eine Kabinettssitzung einberufen habe. Dazu sei er nicht berechtigt gewesen. Nach der allgemeinen Ansicht hat aber der Staatssekretär nicht nur seine Befugnisse nicht überschritten, sondern sich noch ein besonderes Verdienst dadurch erworben, daß er sich bemühte, den in letzter Zeit sehr in Unordnung geratenen Verwaltungsapparat nach Möglichkeit in Gang zu halten. Nach einem amerikanischen Blatte soll er in der Kabinettssitzung mit seiner Kritik an diesen Zuständen nicht zurückgehalten haben. Daher die Erregung des Präsidenten. Dieser aber beschränkte sich nicht auf diesen Punkt und warf dem Staatssekretär alle Sünden der Vergangenheit vor. „Während meines Aufenthaltes in Paris", schrieb er, „und seitdem immer mehr habe ich gefühlt, daß Sie meine Führung und Leitung nur mit steigendem Widerwillen annahmen. Nach Washington zurückgekehrt, haben Sie meinem Urteil vorgegriffen, indem Sie ohne irgendwelche Besprechung bestimmte Maßnahmen feststellten, zu denen Sie dann lediglich meine Zustimmung erbaten." So fuhr es ihm heraus. Er hat es plötzlich mit Lansing nicht mehr ausgehalten. Er wechselte überhaupt in der letzten Zeit die Kabinettsmitglieder häufig und schnell. Auf den Schatzsekretär Glaß ist Houston gefolgt, soeben hat der Sekretär des Innern Lane seinen Abschied gegeben, der jetzt durchaus auf Lansings Seite tritt. Wohl fühlt sich niemand mehr in Wilsons Kabinett. Von einer „Kabinettskrise" im europäischen Sinne kann man natürlich nicht reden, da es nach der amerikanischen Verfassung überhaupt keine verantwortlichen Minister, keinen Ministerpräsidenten, keinen Sturz der Regierung durch das Parlament, keine glatte Lösung von Konflikten zwischen Exekutive und Legislative gibt. Sondern der Zustand ist der, daß durch Wilsons persönliche Eigenschaften die ganze Organisation der durch das Kabinett geleiteten Regierungsmaschinerie in eine kritische Verfassung geraten ist.

Dieser wirre Zustand wird in der Union um so schmerzlicher empfunden, als er natürlich in hohem Grade ungünstig auf die auswärtige Politik zurückwirkt, um die sich ja jetzt im amerikanischen Parlament alles dreht. Die Aussichten einer Verständigung in der Ratifikationsfrage sind nach den neuesten Meldungen wieder schlechter geworden. Die von Lodge in letzter Zeit gezeigte Geneigtheit, sich mit dem Führer der Demokraten Hitchcock über eine Basis für beide Parteien annehmbarer „Vorbehalte" zu verständigen, ist wieder sehr gering geworden. Das ist natürlich die Folge des Zusammenhangs, in dem der „Fall Lansing" zu der ganzen Völkerbundsangelegenheit steht. Tatsächlich geht die Meinungsverschiedenheit zwischen Wilson und dem Chef des Staatsdepartements bis in die Anfänge der Liga der Nationen zurück. Man kann sich keinen schärferen Gegensatz denken als das kühle juristische Temperament Lansings, der von Anfang an den Völkerbund auf die Hauptfunktion des obligatorischen internationalen Schiedsgerichts beschränkt wissen wollte, und den Dogmatismus des „presbyterianischen Predigers", als den Maynard Keynes, der schnell berühmt gewordene Kritiker der Friedenskonferenz, Wilson charakterisiert. Es kamen Meinungsverschiedenheiten in den Fragen des Kaiserprozesses und des türkischen Mandats hinzu. In dem ersten Fall verhielt sich Lansing als ehrlicher Jurist, im anderen als gewissenhafter Erbe der Washingtoner Traditionen ablehnend. Er wird auch zweifellos von dem Gedanken des französisch-angelsächsischen Schutzvertrages, um den es heute so schlecht steht, von Anfang an nicht erbaut gewesen sein. So kam es, daß ihn Wilson schon in Paris an die Wand drückte und den ganz unkonstitutionellen Berater Oberst House, mit dem er sich aber inzwischen auch völlig verzankt hat, ihm vorzog. Unwidersprochen ist dann geblieben, daß Lansing dem zurückgetretenen Unterhändler Bullitt gegenüber das ganze Versailler Kunstwerk mehr oder weniger deutlich als Stümperei bezeichnete. Wilson unternahm nichts weiter gegen Lansing, als daß er ihn von Paris entfernte. Es kam dann seine Krankheit dazwischen. Aber jetzt ist ein Fall eingetreten, der anscheinend die eigentliche Veranlassung zu dem Krach ist. Das ist der Brief des Lord Grey an die „Times" vom 31. Januar. In diesem höchst diplomatisch abgefaßten Schriftstück setzt der ehemalige englische Minister des Äußern in sehr wohlwollender Weise die Berechtigung der von den amerikanischen Republikanern zu dem Völkerbund gemachten Vorbehalte auseinander. Der wirkliche Adressat des Briefes ist aber

Die nationalistische Presse und die Ententenote.

In etwas gedämpfterem Tone fahren auch heute früh noch einige deutschnationale Blätter fort, die Note der Entente, trotz des Verzichtes auf Auslieferung, als unannehmbar zu bezeichnen. „Eine mutvolle Regierung, die alles an die Ehre der Nation setzt, müßte auch diese Note ablehnen," sagt die „Kreuz-Zeitung". Das konservative Blatt meint, der „scheinbare Rückzug" der Alliierten solle die deutsche Regierung „auf den Leim locken". Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung" tritt nicht geradezu für Ablehnung ein, verlangt sogar „eine angemessene Bestrafung aller derer, die Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches begangen haben", spricht aber von dem „deutschen Standpunkt, wie er sein sollte", und deutet damit wenigstens an, daß er für Zurückweisung der Ententenote sei. Am heftigsten ist noch die „Post", die „das Eingehen auf eine derartige Zumutung kaum weniger schmachvoll und entehrend als gewaltsame Auslieferung" findet. Aber, wie schon bemerkt, im allgemeinen ist der Ton gedämpfter als gestern, und das kommt zum Teil offenbar daher, daß die Nationalisten in ihren eigenen Reihen über die weitere Taktik nicht einig sind. Wir haben heute früh den „Berliner Lokalanzeiger" zitiert, der in der Ententenote und dem Verzicht auf die Auslieferung mit Recht den Beweis dafür sieht, daß sich „gelegentlich doch die Vernunft durchsetzt", und die Note als ein Ergebnis der in Deutschland auch von der Regierung gezeigten Festigkeit hinstellte. Jetzt tritt sogar die „Tägliche Rundschau" dem Treiben ihrer nationalistischen Genossen entgegen, indem sie schreibt:

„Zu übermäßigem Jubel ist also kein Anlaß; aber auch keiner zur entrüsteten, aber völlig nutzlosen Verwerfung. Wenn der sich überkollernde Wahnsinn, wie ihn die führenden Ententestaaten der Welt durch die Auslieferungsliste zeigten, sich zur anscheinenden Vernunft sänftigt, aber auf seiner Rachgier ausdrücklich beharrt, so haben wir allen Grund, dem Maskenwechsel mit wachem Mißtrauen zu begegnen; aber wir können doch mit Genugtuung konstatieren, daß die Gemeingefährlichkeit des Tobsuchtsstadiums vorerst beseitigt ist und können das Vertrauen zu der Vernunft der Dinge und zu uns selbst haben, daß die weitere Böswilligkeit ihre Grenzen finden wird."

Hoffentlich wird der Wahnsinn bald überall aufhören sich „zu überkollern". Eine Verlängerung der Agitation nach dem Verzicht auf die Auslieferung würde wirklich nicht den erhofften Erfolg beim Publikum haben. Im übrigen wiederholen wir, daß natürlich die Methode, nach der das Reichsgericht die Untersuchung führen und jeden einzelnen Anklagepunkt gründlich prüfen soll in einer Aussprache mit den Ententevertretern genau festgesetzt werden muß. Kein Schuldiger darf unbestraft bleiben, aber niemand kann bestraft werden, wenn sein Fall nicht zuvor nach allen Regeln des Rechtes untersucht worden ist.

*

Paris, 17. Februar. (W. T. B.)

Die Interalliierte Kommission, deren Einsetzung in der gestern überreichten Note Lloyd Georges in bezug auf die Nachprüfung der Auslieferungsliste angekündigt wird, hält Freitag ihre erste Sitzung ab.

Beratungen über die Note der Entente.

Das Reichskabinett ist, wie wir erfahren, zu einer Sitzung zusammengetreten, in der außer der Beratung über die Antwort der Entente auf unsere Note vom 25. Januar die Frage der Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen aus Rußland und die damit zusammenhängende Stellungnahme zu bestimmten Fragen der Ostpolitik zur Verhandlung steht.

Gleichzeitig hält der **Reichsrat** eine Sitzung ab, in der eine Reihe grundsätzlicher Fragen der inneren Politik beraten werden soll. Der preußische Minister des Innern, Heine, wird über den Standpunkt der Staatsregierung berichten.

Millerand und Dr. Mayer.

Nachträglich wird aus Paris gemeldet, daß anläßlich des gestern erfolgten Besuchs des französischen Ministerpräsidenten Millerand beim deutschen Geschäftsträger Minister Dr. Mayer eine längere Unterredung über aktuelle Fragen stattgefunden hat.

Paris, 17. Februar. (Havas.)

In den Wandelgängen der Kammer verlautet, daß Jonnart als Präsident der Wiedergutmachungskommission aus Gesundheitsrücksichten um seine Entlassung gebeten habe.

Poincarés Abschiedsbotschaft.

Paris, 17. Februar. (W. T. B.)

In den heutigen Sitzungen der französischen Kammer und des französischen Senats wurde die angekündigte Abschiedsbotschaft des Präsidenten Poincaré verlesen. Es heißt darin, Deutschland habe Frankreich gegenüber Verpflichtungen übernommen. Frankreich müsse die Ausführung sicherstellen. Deutschland habe versprochen, sich nicht mehr gegen die Ruhe Europas zu bewaffnen. Frankreich müsse darüber wachen, daß Deutschlands Entwaffnung effektiv werde. Frankreich müsse von Deutschland verlangen, daß es das Uebel wieder gutmache, das es angerichtet habe. Poincaré fordert Frankreich angesichts der wirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben, die die Republik jetzt zu erfüllen habe, zur Einigkeit auf und sagt zum Schluß: Geeinigt im Krieg ist Frankreich unbesieglich gewesen, vereint in der Friedensarbeit wird es bald wiederum durch arbeitsame Tätigkeit sich die Bewunderung der Welt erobern.

Beratungen der Valutakommission.

Im Reichsfinanzministerium finden, wie wir erfahren, weitere vertrauliche Beratungen der Valutakommission unter dem Vorsitz des Ministers Erzberger statt. Die Besprechungen betreffen den Stand der Reichsschulden.

Einzelheiten aus den streng vertraulichen Verhandlungen sind vor einem Abschluß der Beratungen, zu denen auch die Finanzminister der einzelnen Länder hinzugezogen werden, nicht zu erwarten.

Man hofft, im Laufe der Woche zu einem vorläufigen Abschluß des Fragenkomplexes kommen zu können.